

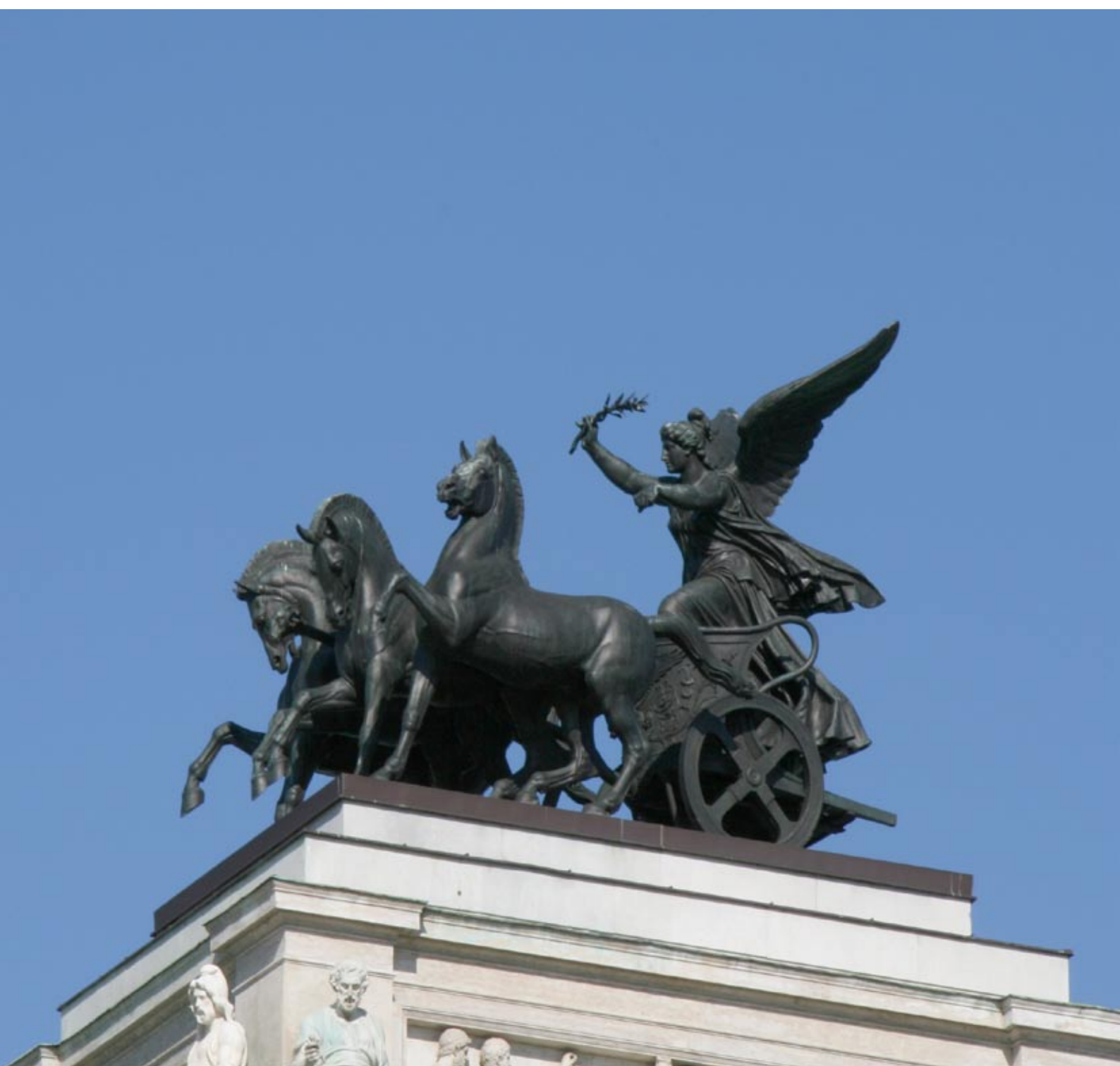


REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

BILANZ

Tagung des Nationalrates 30. Oktober 2006 - 10. Juli 2007

XXIII. Gesetzgebungsperiode



VORWORT

Die Tagung 2006/2007 des österreichischen Parlamentes dauerte vom 30. Oktober 2006 bis 10. Juli 2007. In diesem vergleichsweise kurzen Zeitraum war das Arbeitspensum ein beachtliches: Unter anderem sorgten zwei Untersuchungsausschüsse nicht nur für viele mediale Schlagzeilen, sondern verlangten neben einem hohen materiellen Einsatz vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Parlamentsdirektion das Äußerste ab. Ich möchte ihnen an dieser Stelle noch einmal herzlich danken.

Daneben wurden selbstverständlich – von der Öffentlichkeit oft unbemerkt – auch der „Normalbetrieb“ fortgesetzt und zahlreiche neue Impulse gesetzt.

Symposien, Tagungen, Informationsveranstaltungen, festliche Preisverleihungen und Buchpräsentationen waren im Hohen Haus ebenso zu Gast wie Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Staatsoberhäupter und Regierungsmitglieder aus aller Welt.

Unter den neuen Initiativen erwähne ich besonders den Start unserer Demokratiewerkstatt, die das historische Palais Epstein mit neuem Leben erfüllen und die unsere jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger für die Werte der parlamentarischen Demokratie begeistern soll.

Ich lade Sie ein, sich von der Vielfalt der Arbeit der Mitglieder des Nationalrates, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der parlamentarischen Klubs und der Parlamentsdirektion selbst ein Bild zu machen.



Mag.ª Barbara Prammer
Präsidentin des Nationalrates





INHALTSVERZEICHNIS

1. Bilanz der Legislativen Parlamentsarbeit	Seite 6
2. Untersuchungsausschüsse	Seite 12
3. Geschäftsordnungs-Komitee	Seite 14
4. Die Arbeit des Nationalfonds der Republik Österreich und des Allgemeinen Entschädigungsfonds im Berichtszeitraum Oktober 2006 bis Juni 2007	Seite 15
5. Parlament und Europäische Union in der XXIII. Gesetzgebungsperiode	Seite 16
6. Internationale Kontakte	Seite 18
Hochrangige Kontakte zur UNO	
Globale Verantwortung	
Parlamentskontakte auf höchster Ebene	
Staatsoberhäupter, Regierungsvertreterinnen und -vertreter im Hohen Haus	
Internationale Delegationen von Parlamentarierinnen und Parlamentariern	
7. Bauvorhaben	Seite 22
8. Die Öffnung des Parlamentes geht weiter - das Hohe Haus im Dialog mit der Öffentlichkeit	Seite 23
9. Zu den Veranstaltungen des Parlamentes während der Tagung 2006/2007 ...	Seite 24
Ort des Erinnerns	
Jugend	
Symposien, Tagungen, Informationsveranstaltungen	
Festakte, Preisverleihungen, Jubiläen	
Kunst, Kultur, Geschichte	
Bücher, Autorinnen und Autoren	
10. Demokratiewerkstatt	Seite 29
11. Informationsangebot des österreichischen Parlamentes	Seite 30
<i>www.parlament.gv.at</i> : Umfassendes Angebot im Internet	
Bürgerservice	
Parlamentsführungen	
Parlamentsshop	
Pressedienst	
Bibliothek	
Parlamentsarchiv/Parlamentarische Dokumentation	

1. Bilanz der Legislativen Parlamentsarbeit

Der Bundespräsident hat mit EntschlieÙung vom 26. Oktober 2006 gemäß Artikel 27 Abs. 2 der Bundesverfassung den am 1. Oktober 2006 gewählten Nationalrat für den 30. Oktober 2006 zur XXIII. Gesetzgebungsperiode und gemäß Artikel 28 Abs. 1 der Bundesverfassung auch zu seiner ordentlichen Tagung 2006/2007 einberufen. In der 30. Sitzung des Nationalrates vom 6. Juli 2007 wurde der Beschluss gefasst, den Herrn Bundespräsidenten zu ersuchen, die ordentliche Tagung 2006/2007 der XXIII. Gesetzgebungsperiode mit Dienstag, dem 10. Juli 2007, für beendet zu erklären.

Gleich zu Beginn der Tagung wurde mit Barbara Prammer erstmals eine Frau zur Nationalratspräsidentin gewählt. Sie löste damit Andreas Khol an der Spitze des Nationalrates ab, der sich in Folge des Ergebnisses der Nationalratswahl im Oktober 2006 aus dem Hohen Haus zurückzog. Zur Seite stehen Prammer im neuen Präsidium der ÖVP-Abgeordnete Michael Spindelegger als Zweiter Präsident und die Abgeordnete der Grünen Eva Glawischnig-Piesczek als Dritte Präsidentin sowie die Klubobmänner: Josef Cap, Wolfgang Schüssel, Alexander Van der Bellen, Heinz-Christian Strache, Peter Westenthaler.



(1. Reihe v.l.n.r.) Zweiter Präsident des Nationalrates a.D. Dr. Robert Lichal, Bundespräsident a.D. Dr. Kurt Waldheim, Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, Parlamentsdirektor Dr. Georg Posch

Konstituierende Sitzung des Nationalrates 30. Oktober 2006



Präs. d. NR Mag.^a Barbara Prammer, Klubobmann Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen



Zweiter Präs. d. NR Dr. Michael Spindelegger



Dritte Präs. d. NR Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek

Die erste Tagung der XXIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates stand ganz im Zeichen des Regierungswechsels und der beiden Untersuchungsausschüsse zur Überprüfung des Eurofighter-Kaufs und der Effizienz der Finanzmarktaufsicht. Darüber hinaus verabschiedete der Nationalrat neben den beiden Budgets für 2007 und 2008 eine Reihe von Gesetzen. Dazu zählen etwa die Wahlrechtsreform, gesetzliche Grundlagen für legale 24-Stunden-Betreuung zu Hause, die Einrichtung des mit bis zu 500 Mill. € dotierten Klima- und Energiefonds sowie pensionsrechtliche Verbesserungen u.a. für Langzeitversicherte.

Der Bundesrat hat seit Beginn der neuen Legislaturperiode gegen keinen einzigen Beschluss des Nationalrates Einspruch erhoben.

Insgesamt fanden im abgelaufenen Parlamentsjahr 30 Plenarsitzungen mit einer Gesamtdauer von 212 Stunden und 24 Minuten statt. Dabei beschlossen die Abgeordneten 65 Gesetze und genehmigten 19 Staatsverträge. Zwei Berichte der Volksanwaltschaft wurden zur Kenntnis genommen. Rund 30 Prozent der Gesetzesbeschlüsse erfolgten einstimmig. Damit ist der Anteil der einstimmig beschlossenen Gesetze im Vergleich zu den vorangegangenen Tagungen deutlich gesunken.

Neben den oben erwähnten Beschlüssen nahm der Nationalrat ein Anti-Doping-Gesetz an und beschloss u.a. die Erhöhung der Mineralölsteuer auf Diesel und Benzin, eine Reform der Agrarmarktordnung, eine Erhöhung der Stipendien und Schülerbeihilfen, Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit, eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten, flexiblere Arbeitszeitregelungen und einen besseren Schutz für Anlegerinnen und Anleger. Überdies wurden ein Importverbot für Asbestabfälle, gesetzliche Grundlagen für Handy-Fernsehen, die Halbierung der Kfz-Steuer für Lkw und zahlreiche weitere Finanzvorlagen verabschiedet.

Am 11. Jänner 2007 konnte Bundespräsident Heinz Fischer die neue Regierung annehmen. Fünf Tage später, am 16. Jänner, stellte Bundeskanzler Alfred Gusenbauer dem Nationalrat in Form der Regierungserklärung die neuen Ministerinnen und Minister sowie das Arbeitsprogramm der Regierung für die kommenden vier Jahre vor.

Die Änderungen bei der Kompetenzverteilung zwischen den einzelnen Ministerien bedingten auch eine Änderung des Bundesministeriengesetzes.

Verfassungsrechtlich notwendig gewordene Wahlen galten der Volksanwaltschaft, die sich in den nächsten sechs Jahren aus Peter Kostelka, Maria Theresia Fekter und Terezija Stoisits zusammensetzen wird. Zuvor war im November 2006 Hilmar Kabas für ein halbes Jahr als Ersatz für Ewald Stadler in die Volksanwaltschaft gewählt worden.

Über die Zukunft der EU und andere aktuelle EU-Themen diskutierten die Abgeordneten u.a. auf Basis von Erklärungen von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und von Außenministerin Ursula Plassnik. Die erste Erklärung des Bundeskanzlers erfolgte im Rahmen seiner Regierungserklärung am 16. Jänner 2007 vor dem Nationalrat, die zweite am 7. März 2007 (Europatag) und die dritte am 6. Juli 2007. An den beiden zuletzt genannten Tagen gab auch Bundesministerin Ursula Plassnik Erklärungen ab, ferner noch, im Zuge der Diskussion ihres Ressortbudgets, am 26. April 2007.

Im Rahmen der Plenarsitzungen hielten die Abgeordneten fünf Aktuelle Stunden und zwei Fragestunden mit insgesamt 50 Fragen und Zusatzfragen ab. Dazu kommen die Beratungen über die Ergebnisse der beiden Untersuchungsausschüsse und



drei Debatten über die Erklärung von Regierungsmitgliedern. 23 Gesetzesanträge sowie die beiden Budgets 2007 und 2008 wurden in Erste Lesung genommen. In 34 Entschlüssen erhielt die Regierung Arbeitsaufträge vom Nationalrat.

9. Sitzung des Nationalrates in der XXIII GP - Regierungserklärung 16. Jänner 2007

Auch die parlamentarischen Minderheitsrechte wurden im vergangenen Parlamentsjahr wieder häufig in Anspruch genommen. So verhandelte der Nationalrat vier Dringliche Anfragen (1 SPÖ, 1 Grüne, 2 BZÖ) sowie vier Dringliche Anträge (2 Grüne, 1 FPÖ, 1 BZÖ) und hielt 13 Kurze Debatten (1 SPÖ - Grüne - FPÖ, 6 Grüne, 2 FPÖ, 4 BZÖ) zu schriftlichen Anfragebeantwortungen der Regierung, Fristsetzungsanträgen und Anträgen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ab.

Fünf Mal versuchten Oppositionsparteien den Rücktritt eines Regierungsmitgliedes der Regierung Gusenbauer zu erwirken, fanden jedoch keine Mehrheit. Mit gleich drei Misstrauensanträgen war dabei Verteidigungsminister Norbert Darabos (25. April, 3. Mai und 5. Juli 2007) konfrontiert. Weiters gab es einen Misstrauensantrag des BZÖ gegen Andrea Kdolsky (24. April 2007) und einen Misstrauensantrag der FPÖ gegen Innenminister Günther Platter (3. Mai 2007). Ein Misstrauensantrag der Grünen gegen die ehemalige Sozialministerin Ursula Haubner (15. Dezember 2006) wurde noch vor der Bildung der Regierung durch Bundeskanzler Gusenbauer eingebracht.

Von den zwei Sondersitzungen des Nationalrates in dieser Tagung fand eine auf Verlangen der FPÖ („Stopp dem Pensionsklau“) und eine auf Verlangen des BZÖ („Die Regierung als Sicherheitsrisiko für Österreich“) statt.



Neben den 30 Plenarsitzungen zählte der Tagungszeitraum 2006/2007 noch 108 Ausschusssitzungen und zwölf Sitzungen von Unterausschüssen. Dabei wurden 20 Berichte der Bundesregierung durch Kenntnisnahme „enderledigt“ und kamen nicht mehr ins Plenum.

Darüber hinaus fand im Hohen Haus eine Parlamentarische Enquete zum Thema „Klimawandel“ statt.

Zur Vorberatung der geplanten Reform der Geschäftsordnung des Nationalrates wurde ein Geschäftsordnungs-Komitee unter der Leitung von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eingesetzt.

Die Präsidialkonferenz kam in der Tagung 2006/07 18 Mal zusammen.

Mit insgesamt 18 Petitionen und 13 Bürgerinitiativen wandten sich die Bürgerinnen und Bürger direkt an das Hohe Haus.

Im Vergleich zu den vorangegangenen Tagungen annähernd gleich geblieben ist die Zahl der schriftlichen Anfragen von Abgeordneten an Regierungsmitglieder, die Nationalratspräsidentin, den Rechnungshofpräsidenten und an Ausschussvorsitzende. Insgesamt wurden bis zum Ende der letzten Nationalratssitzung am 6. Juli 1.341 schriftliche Anfragen eingebracht. An der Spitze der Antragstellerinnen und Antragsteller liegen die Grünen mit 475 Anfragen, gefolgt von der SPÖ mit 407. Dahinter reihten sich FPÖ (215), ÖVP (160) und BZÖ (79). Fünf Anfragen wurden von mehreren Fraktionen gemeinsam eingebracht. Am häufigsten nutzte, wie schon in den vergangenen Jahren, SPÖ-Abgeordneter Johann Maier mit insgesamt 152 Anfragen dieses Kontrollrecht des Nationalrates, gefolgt von den Grün-Abgeordneten Karl Öllinger (106) und Theresia Haidlmayr (78 Anfragen).

Besonderes Interesse zeigten die Mandatarinnen und Mandatare dabei für das Innenministerium (174 Anfragen) und das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (170). 22 Anfragen wurden an Frauenministerin Doris Bures gestellt. An Nationalratspräsidentin Barbara Prammer richteten die Abgeordneten 16 schriftliche Anfragen, an Rechnungshofpräsident Josef Moser zwei Anfragen.

Übersicht über die Tätigkeit des Nationalrates in der XXIII. Gesetzgebungsperiode, Stand 10. Juli 2007						
30. Oktober 2006 - 10 Juli 2007						
	2006/2007	GESAMT	ABSTIMMUNG			
ANZAHL DER PLENARSITZUNGEN	30	30				
davon „Sondersitzungen“	2	2				
davon Zuweisungssitzungen	11	11				
DAUER DER PLENARSITZUNGEN						
Stunden	212	212				
Minuten	24	24				
VOM PLENUM BESCHLOSSEN, GENEHMIGT BZW. ZUR KENNTNIS GENOMMEN:			einstimmig.		mehrstimmig.	
			Anz.	%	Anz.	%
Gesetze	65	65	20	30,77	45	69,23
davon Bundesverfassungsgesetze	2	2	–	–	2	100,00
Staatsverträge	19	19	15	78,95	4	21,05
Vereinbarungen gemäß Artikel 15a B-VG	–	–	–	–	–	–
Berichte des Rechnungshofes	–	–	–	–	–	–
Berichte der Volksanwaltschaft	2	2	2	100,00	–	–
StenoProtokolle über parlamentar. Enqueten	–	–	–	–	–	–
Bundesrechnungsabschluss	–	–	–	–	–	–
VON AUSSCHÜSSEN ZUR KENNTNIS GENOMMEN:						
Berichte der Bundesregierung oder ihrer Mitglieder	20	20	7	35,00	13	65,00
SCHRIFTLICHE ANFRAGEN AN MITGL. D. BREG.	1358	1358				
davon dringliche Anfragen	4	4				
SCHRIFTLICHE ANFRAGEN AN						
Präsidenten d. Nationalrates	18	18				
Präsidenten d. Rechnungshofes	2	2				
Ausschussobmänner	2	2				
FRAGESTUNDEN	2	2				
AUFGERUFENE MÜNDLICHE ANFRAGEN	10	10				
davon SPÖ	2	2				
davon ÖVP	2	2				
davon Grüne	2	2				
davon FPÖ	2	2				
davon BZÖ	2	2				
MÜNDLICHE ZUSATZFRAGEN	40	40				
davon SPÖ	8	8				
davon ÖVP	8	8				
davon Grüne	8	8				
davon FPÖ	8	8				
davon BZÖ	8	8				
AKTUELLE STUNDEN	5	5				
AUSSCHUSSSITZUNGEN	108	108				
Unterausschuss-Sitzungen	12	12				
Untersuchungsausschuss-Sitzungen ¹⁾	88	88				
Sitzungen von Enquete-Kommissionen	1	1				

¹⁾ Beschaffung von Kampfflugzeugen (48 Sitzungen) ¹⁾ Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister (40 Sitzungen)

2. Untersuchungsausschüsse

Besondere Aufmerksamkeit in der ablaufenden Tagung erhielten die beiden am 30. Oktober 2006 eingesetzten Untersuchungsausschüsse des Nationalrates zur Überprüfung des Eurofighter-Kaufes und der Effizienz der Finanzmarktaufsicht, die zusammen 88 Mal tagten. Sie waren mit den Stimmen der SPÖ, der FPÖ und der Grünen eingesetzt worden und legten dem Nationalrat ihre Beratungsergebnisse vor. Schriftlich für den Eurofighter-Ausschuss in der 28. Sitzung des Nationalrates am 5. Juli 2007, mündlich für den Finanzmarktaufsicht-Ausschuss durch den Ausschussvorsitzenden Dr. Martin Graf in der 30. Sitzung des Nationalrates am 06. Juli 2007.

Auch wenn die Tätigkeit der beiden Ausschüsse von den einzelnen Fraktionen unterschiedlich bewertet wurde und der Arbeitsaufwand enorm war, konnte das Parlament jedenfalls in wichtigen, den Eurofighter-Ankauf und die Finanzmarktaufsicht betreffenden Fragen entscheidende Ergebnisse erzielen und gleichsam seine Kontrollfunktion umfassend wahrnehmen.

Demnach trat der Untersuchungsausschuss „hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen“ („Eurofighter“-Untersuchungsausschuss) zu insgesamt 48 Sitzungen (8. November 2006 - 3. Juli 2007) zusammen und verhandelte fast 429 Stunden. Dabei wurden 108 Auskunftspersonen befragt, zum Teil mehrfach. 6.152 Protokollseiten wurden angefertigt. Auf einen gemeinsamen Abschlussbericht konnten sich die fünf Parlamentsfraktionen nicht einigen – zum Hauptbericht des Ausschusses wurden mehrere Minderheitsberichte der Fraktionen und abweichende persönliche Stellungnahmen verfasst.

Der Untersuchungsausschuss „Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister“ („Finanzmarktaufsicht“-Untersuchungsausschuss) beendete aufgrund einer vom Nationalrat am 4. Juli 2007 mehrheitlich beschlossenen Fristsetzung seine Arbeit. Der Ausschuss hielt 40 Sitzungen ab (8. November 2006 - 2. Juli 2007). Er tagte rund 400 Stunden. Dabei befragten die Abgeordneten 122 Auskunftspersonen. Das Protokoll umfasst 5.850 Seiten.

12.002 Seiten Protokolle

Die öffentlichen Protokolle der beiden Untersuchungsausschüsse „Kampfflugzeuge“ und „Finanzmarktaufsicht“ (ca. 10.000 der insgesamt 12.002 Seiten) wurden als Communiqués auf der Homepage des Parlamentes veröffentlicht. Dies erfolgte auf Grund einstimmiger Beschlüsse beider Untersuchungsausschüsse.

Vergleich mit früheren Untersuchungsausschüssen

Vor den beiden hier besprochenen Untersuchungsausschüssen fanden in der Zweiten Republik bereits 16 andere statt. Ein kurzer Vergleich ist interessant. Im Durchschnitt dauerten alle Ausschüsse ca. 13 Monate mit jeweils rund 25 Sitzungen. Die beiden aktuellen Untersuchungsausschüsse währten hingegen nur 8 Monate, wiesen aber insgesamt 88 Sitzungen auf. Somit heben sich in quantitativer Hinsicht die beiden jüngsten Ausschüsse von den älteren deutlich ab; der Arbeitsaufwand war – auch in diesem Vergleich besehen – enorm.

Statistik zu den Untersuchungsausschüssen in der Zweiten Republik Österreich

	Anzahl	Dauer		Sitzungen		Protokollseiten	
Zweite Republik	18		in Monaten	Anzahl gesamt	pro Monat	Anzahl gesamt	pro Monat
Einschließlich der beiden neuesten Ausschüsse							
Summe			235	448	–		
Durchschnitt			13,1	24,9	1,9	nicht ermittelt	
Zum Vergleich		Dauer		Sitzungen		Protokollseiten	
			in Monaten	Anzahl gesamt	pro Monat	Anzahl gesamt	pro Monat
XXIII. GP 30.10.2006	hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen	08.11.2006 bis 05.07.2007	8	48	6,0	6152	1025
	betreffend „Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister“	08.11.2006 bis 06.07.2007	8	40	5,0	5850	1170
Summe				88	11	12002	1500

Zeit und Kosten (Stand: 6. Juli 2007)

Der Arbeitsaufwand für die Untersuchungsausschüsse von Oktober 2006 bis Juli 2007 kann mit folgenden Zahlen zusammengefasst werden:

	Kampfflugzeuge	Finanzmarktaufsicht	Summen
Sitzungen	48	40	88
Sitzungsstunden	429	400	829
davon nach 16.00 Uhr:	72	115	187
davon nach 20.00 Uhr:	Gesamtsumme dritte Spalte	Gesamtsumme dritte Spalte	102
Protokollseiten	6.152	5.851	12.002

Allein um ständig zwei Akademikerinnen bzw. Akademiker für die Ausschussbetreuung in den laufenden Sitzungen zu stellen, waren 1678 Personenstunden erforderlich.

Kostenhochrechnung

	Kampfflugzeuge	Finanzmarktaufsicht
	ca. € 425.035.-	ca. € 340.760.-
Gesamtsumme	ca. € 765.795.-	

Darin enthalten sind Personalkosten der Parlamentsdirektion, wobei festzuhalten ist, dass bisher aufgrund des im öffentlichen Dienst geltenden Ganzjahresarbeitszeitmodells (in der Parlamentsdirektion jeweils vom 15. September bis 14. September des Folgejahres) aus dem Titel „Untersuchungsausschüsse“ keine Überstundenentgelte für die Beamtinnen, Beamten und Vertragsbediensteten der Parlamentsdirektion zur Auszahlung gelangten. Enthalten sind auch geleistete Zahlungen an externe Stenographinnen, Stenographen und Schreibkräfte, sowie Vergütungen an die Klubs, an Verfahrensanwälte gemäß § 19 Abs. 4 VO-UA, Kosten für bereits abgerechnete Gutachten, Dolmetsch- und Reisekosten, Porti sowie Papier- und Druckkosten.

3. Geschäftsordnungs-Komitee

Bereits während der Beratungen des Österreich-Konventes und des Besonderen Ausschusses und zu Beginn der XXIII. Gesetzgebungsperiode haben die Parlamentsparteien Vorschläge zu einer Reform der Geschäftsordnung des Nationalrates vorgelegt. Am 26. März 2007 hat dann das Geschäftsordnungs-Komitee des Nationalrates unter dem Vorsitz der Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer seine Arbeit aufgenommen.

Dem Geschäftsordnungs-Komitee gehören außer der Präsidentin Barbara Prammer, dem Zweiten Präsidenten Michael Spindelegger und der Dritten Präsidentin Eva Glawischnig-Piesczek folgende Abgeordnete an: Peter Wittmann (SPÖ), Beatrix Karl (ÖVP) (bis Juni 2007: Maria Fekter), Dieter Brosz (Grüne), Martin Graf (FPÖ) und Herbert Scheibner (BZÖ). Überdies sind im Komitee je eine Expertin beziehungsweise ein Experte der fünf Fraktionen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion vertreten.

Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre und aktueller politischer Entwicklungen werden im Geschäftsordnungs-Komitee unter anderem folgende Punkte diskutiert: Weiterentwicklung des Instrumentariums der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, genereller Ausbau der Kontroll- und Minderheitsrechte, Neugestaltung der Fragestunde, Öffnung der Ausschüsse bzw. erweiterte Rederechte in den Ausschüssen, Neugestaltung der Redeordnung, die Einführung von Aktuellen Europa-Stunden, die elektronische Einbringung von Bürgerinitiativen, Nichtverfallen von Volksbegehren nach Ende der Gesetzgebungsperiode, Unvereinbarkeits- und Immunitätsbestimmungen sowie die Klarstellung der verschiedenen Parteienbegriffe („politische Partei“, Partei, Klub, Wahlpartei etc.). Im Sinne einer umfassenden Auseinandersetzung mit diesen Themen wurde die Parlamentsdirektion beauftragt, eine Vergleichsstudie der Minderheits- und Kontrollrechte sowie der Redeordnungen in den Parlamenten anderer europäischer Staaten sowie in den österreichischen Landtagen zu erstellen. Diese Studien werden die Grundlage für die Intensivberatungen des Geschäftsordnungs-Komitees und die detaillierte Ausarbeitung der Reformvorschläge ab September 2007 bilden.

4. Die Arbeit des Nationalfonds der Republik Österreich und des Allgemeinen Entschädigungsfonds im Bereichszeitraum Oktober 2006 bis Juni 2007

Kunst-Datenbank des Nationalfonds zur Schärfung des kulturellen Gedächtnisses

Der Nationalfonds nahm auch im Berichtszeitraum seinen Auftrag, die „besondere Verantwortung“ Österreichs „gegenüber Opfern des Nationalsozialismus zum Ausdruck zu bringen“, im umfassendsten Sinne wahr: Auch im Zeitraum Oktober 2006 bis Juni 2007 wurde die Leistung von Gestezahlungen in rund 70 Fällen von Überlebenden der NS-Verfolgung in Anspruch genommen. Im Rahmen der Mietrechtsentschädigung erfolgte weiters an rund 200 Berechtigte eine Nachzahlung von je 1000 Euro. Zu den laufenden Agenden des Nationalfonds zählte ebenso die Abwicklung von Leistungen aus dem Härteausgleichfonds und aus dem Topf der sogenannten Raubgoldgelder.

Auch im vergangenen Arbeitsjahr zeichnete sich ab, dass der Nationalfonds seine Verantwortung gegenüber den Opfern des NS-Regimes zunehmend als Instanz eines kritischen kollektiven Gedächtnisses wahrnehmen kann und muss: Neben einer fortlaufenden Fördertätigkeit für Gedenk-Projekte und Hilfsmaßnahmen für bedürftige Holocaust-Opfer sind durch den Nationalfonds selbst Schritte in Richtung einer dauerhaften Bewusstseinsbildung zu den Folgen der NS-Herrschaft gesetzt worden. Im Sinne einer Aufklärung und Schärfung des kulturellen Gedächtnisses wirkt auch die im Oktober 2006 öffentlich gemachte Kunst-Datenbank des Nationalfonds, die in Zusammenarbeit mit Museen des Bundes und der Stadt Wien der Erbensuche zu herkunftsbedenklichen, bislang „erblosten“ Kunstobjekten dienen soll. Seit Anfang Juli ist diese „digitale Galerie“ auch in einer englischen Version verfügbar.

Allgemeiner Entschädigungsfonds im Zeichen der Mitverantwortung Österreichs

Unter dem Zeichen einer Anerkennung der Mitverantwortung Österreichs für Folgen der NS-Herrschaft stehen auch die Leistungen des Allgemeinen Entschädigungsfonds und die Naturalrestitution von Liegenschaften beim Entschädigungsfonds. Mit den Ende 2005 beschlossenen „Vorläufigen Leistungen“ aus dem Entschädigungsfonds ist glücklicherweise die Voraussetzung geschaffen worden, dass die 210 Mio. US-\$ sukzessive für bereits entschiedene Anträge fließen können. Zwischen Oktober 2006 und Juni 2007 konnten sowohl die Anzahl entschiedener Anträge als auch die darauf geleisteten Vorauszahlungen nahezu verdoppelt werden. Wir stehen heute bei etwa 65% entschiedenen Anträgen (13.496 von 20.641) und nahezu 30% geleisteten Vorauszahlungen (5.979). Der Fortgang der Verfahren wird von allen Beteiligten insbesondere im Hinblick auf das vorgerückte Alter der meisten Antragstellerinnen und Antragsteller mit Nachdruck betrieben.

Bei der Schiedsinstanz für Naturalrestitution sind im Berichtszeitraum rund 200 Anträge auf Liegenschaftsrückgabe zusätzlich eingetroffen. Per Ende Juni lagen 1.929 Anträge vor. Trotz einer gesetzlichen Erstreckung der Antragsfrist auf Ende 2007 zeichnet sich in diesem Bereich ab, dass das Gros von Anträgen bereits vorliegt. Von diesen erfüllten Ende Juni 2007 knapp ein Fünftel (366) die Antragsvoraussetzung „öffentliches Eigentum“. Rund die Hälfte dieser „materiellen“ Fälle (179) ist bereits durch eine Empfehlung der Schiedsinstanz entschieden.

5. Parlament und Europäische Union in der XXIII. Gesetzgebungsperiode

Europapolitik ist mittlerweile integraler Bestandteil der Arbeit im Nationalrat. Dabei setzt das österreichische Parlament nicht nur europäisches Recht um, sondern es wird über EU-Vorhaben im Vorfeld umfassend informiert. Das österreichische Parlament kann – wenn es dies für notwendig erachtet – den Mitgliedern der Bundesregierung bindende Stellungnahmen mit auf den Weg geben.

Im Bemühen, zu regelmäßigeren Sitzungen des Hauptausschusses des Nationalrates in EU-Angelegenheiten und dessen Ständigen Unterausschusses zu kommen, wurden Fortschritte erzielt. Der Hauptausschuss trifft sich wenige Tage vor einem Europäischen Rat, also grundsätzlich viermal pro Jahr, der Ständige Unterausschuss in EU-Angelegenheiten ca. einmal pro Monat.

Das EU-Plenum, das durch die Änderung der Geschäftsordnung im Mai 2005 eingeführt wurde, soll, so wie die Sitzungen der öffentlich zugänglichen EU-Ausschüsse, zu einer Steigerung des Europabewusstseins beitragen. Die Europäische Union ist nicht „Außenpolitik“ - Teil der EU sind wir alle gemeinsam. Die ersten Erfahrungen mit den EU-Tagen waren zugegebenermaßen nicht von Euphorie gekennzeichnet. Jedoch scheint der jetzt versuchte Weg – Debatte des Arbeitsprogramms der Kommission bzw. des Programms der jeweiligen Präsidentschaft sowie Berichterstattung über Ergebnisse von Europäischen Räten, dazu noch EU-Fragestunden/Aktuelle Europastunden – in die richtige Richtung zu gehen.

Hinzu tritt die Behandlung von Berichten der Bundesministerien zum Arbeitsprogramm der Kommission in den Fachausschüssen. Diese Berichte sind wertvoll für das Parlament, weil sie zusätzlich zum Arbeitsprogramm einen guten Überblick über das geben, was auf der EU-Tagesordnung zu erwarten ist. Schließlich ist noch auf die verbesserte Aufbereitung von EU-Verhandlungsgegenständen durch „Vorblätter“ der Mitglieder der Bundesregierung bzw. EU-Dossiers durch die zuständige Abteilung der Parlamentsdirektion hinzuweisen. Die Werkzeuge stehen zur Verfügung, sie müssen nur genutzt werden.

Für das österreichische Parlament ist es von besonderem Interesse, wie der Subsidiaritäts-Kontrollmechanismus implementiert werden kann. Die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und mit dem Europäischen Parlament wird dabei eine immer wichtigere Rolle spielen.

EU-Datenbank

Mit Stichtag 6. Juli 2007 sind bisher (seit 3. Nov. 1995) 269.099 EU-Dokumente eingelangt. In der XXIII. GP waren es bisher 17.086.

	XXIII. GP 2006 (ab 28.10.2006)	XXIII. GP 2007	Gesamt
Jänner	–	1863	
Februar	–	2058	
März	–	2227	
April	–	1699	
Mai	–	1780	
Juni	–	2168	
Juli	–	429	
August	–	–	
September	–	–	
Oktober	165	–	
November	2621	–	
Dezember	2076	–	
Summe	4862	12224	17086

Europa Kontakte

Gegenwart und Zukunft Europas standen im abgelaufenen Arbeitsjahr oft im Mittelpunkt der internationalen Beziehungen des Parlamentes. Die Situation der Europäischen Union nach dem Kompromiss zum Reformvertrag beim Europäischen Rat in Brüssel (21./22. Juni 2007), die Stärkung des Parlamentarismus in der Union sowie die stufenweise Einbindung des Balkans in die EU besprach Präsidentin Prammer mit dem italienischen Staatspräsidenten **Giorgio Napolitano** sowie mit Außenminister **Massimo D'Alema** bei deren Besuch im Hohen Haus am 26.6.2007.

Schon im vergangenen Herbst hatten die Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten der Regionalen Partnerschaft bei ihrem Treffen in Wien (23./24.11.2006) über die Erweiterung des Schengenraumes und der Eurozone konferiert, die neue EU-Energiepolitik besprochen und erste Erfahrungen mit der parlamentarischen Subsidiaritätsprüfung ausgetauscht.

Im Berichtszeitraum tagten unter der Verhandlungsführung von Präsidentin Barbara Prammer und Bundesratsvizepräsidentin Anna Elisabeth Haselbach die Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten **Miloslav Vleck** (Tschechien), **Katalin Szili** (Ungarn), **Pavol Paska** (Slowakei), **France Cukjati** (Slowenien) sowie Senatspräsident **Premysl Sobotka** (Tschechien), Senatsvizepräsident **Maciej Plazynski** (Polen) und der Präsident der zweiten Kammer Sloweniens **Janez Susnik** sowie EU-Ausschussobmann **Milan Urbani** (Slowakei).

Die künftige Finanzierung der Union, ihre neue Energiepolitik und die Konfliktprävention waren die Themen der Interparlamentarischen Konferenz am 4./5.12.2006 in Brüssel, an der Präsidentin Barbara Prammer, Zweiter Präsident Michael Spindelegger und Bundesratspräsident Gottfried Kneifel teilnahmen. Am Rande des Treffens sprach Prammer mit ihrem Amtskollegen **Georgi Pirinski** über den bevorstehenden EU-Beitritt Bulgariens und kündigte Anfang 2007 den Ausbau bestehender parlamentarischer Kooperationen mit Bulgarien und Rumänien an.



(v.l.n.r.) Pavol Paska, Präs. des slowakischen Nationalrates, France Cukjati, Präs. des slowenischen Nationalrates



Der Zweite Präs. d. NR Dr. Michael Spindelegger
begrüßt EU-Kommissar Dr. Franco Frattini

Ihr erster Auslandsbesuch führte die Nationalratspräsidentin am 25.1.2007 nach Budapest, wo sie mit Republikpräsident **Lászlo Sólyom**, Amtskollegin **Katalin Szili**, Ministerpräsident **Ferenc Gyurcsany** und Sozialminister **Peter Kiss** zusammentraf.

Anfang April reiste die Nationalratspräsidentin nach Montenegro und führte mit Republikpräsident **Filip Vujanovic**, Außenminister **Milan Rocen**, Premierminister **Zeljko Sturanovic** und Parlamentspräsident **Ranko Krivokapic** Gespräche.

Das neue europäische Top-Thema „Energiesicherheit“ stand im Mittelpunkt der 6. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die Präsidentin Barbara Prammer am 22.2.2007 in der Wiener Hofburg eröffnete. Am 1.3.2007 besuchte Kommissionsvizepräsident **Franco Frattini** das Parlament und informierte den Zweiten Präsidenten Michael Spindelegger über die Themen Schengen und Migrationspolitik.

Die Zukunft des europäischen Einigungswerks auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene wurde am 23.3.2007 in Rom thematisiert, wo Präsidentin Prammer gemeinsam mit Zweitem Präsidenten Spindelegger an den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der „Römer Verträge“ und an einem Treffen der EU- Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten teilnahm. Der Menschenrechtskommissar des Europarates, **Thomas Hammarberg**, konferierte am 25.5.2007 in Wien mit österreichischen Abgeordneten.

Der Intensivierung des Kampfes gegen den Menschenhandel diente ein Seminar der Regionalen Partnerschaft mit Vertreterinnen und Vertretern Österreichs, Ungarns, Tschechiens, Sloweniens, der Slowakei, Polens, Rumäniens und Bulgariens im Parlament (13.6.2007).

Über Fortschritte bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie informierte eine Delegation der EU-Kommission am 21.6.2007 Mitglieder des Wirtschaftsausschusses des Nationalrates (21.6.2007).

6. Internationale Kontakte

Das Hohe Haus hat im Tagungszeitraum 2006/07 seine internationalen Agenden auf allen Ebenen - bilateral, regional, europäisch, global - intensiv wahrgenommen.

Neben den traditionellen Schwerpunkten Nachbarschaftspolitik und Europa rückten globale Themen weiter in den Vordergrund des parlamentarischen Interesses: Nord-Süd-Dialog, Kampf gegen die Weltarmut, Menschenrechte und Sicherheit. Dazu kam der Gender-Aspekt, deutlicher denn je akzentuiert von der für die Außenpolitik des Hohen Hauses nunmehr zuständigen Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. In allen politischen Bereichen schreitet die Internationalisierung voran. Damit kommt es zu einer zunehmenden Verlagerung der politischen Entscheidungsfindung auf die internationale Ebene. Politisches Handeln knüpft immer seltener an ein klar abgrenzbares Staatsgebiet an. Innen- und Außensphären der Staaten durchdringen einander. Die Steuerung politischer Prozesse ausschließlich auf nationaler Ebene nimmt damit ab. Viele Probleme lassen sich heute nur noch gemeinsam mit anderen Staaten und internationalen Organisationen lösen. Dies hat natürlich unmittelbare Auswirkungen auf die nationalen Parlamente, die international eine immer bedeutendere Rolle spielen. Die Parlamentarier stärken ihre Zusammenarbeit auf allen Ebenen und werden sich ihrer globalen Verantwortung immer mehr bewusst. Für Österreich bedeutet das,

seine Interessen zunehmend auf bilateraler und internationaler Ebene auch über seine Parlamentsaußenpolitik einzubringen.

Alleine in den ersten acht Monaten der laufenden Tagung, also von 30. Oktober 2006 bis zum 6. Juli 2007, haben Abgeordnete zum Nationalrat und Bundesräte 173 internationale Termine wahrgenommen, davon 101 Konferenzen oder bilaterale Treffen im Ausland und 72 Sitzungen oder Besuche im Inland. Und es ist nicht nur eine kleine Gruppe von Mandatarinnen und Mandataren, die diese Termine wahrnehmen, sondern das europäische und internationale Engagement wird auf breiter Ebene getragen. Über 50 Abgeordnete haben Termine im Ausland wahrgenommen, über 80 Abgeordnete haben internationale Termine im Inland wahrgenommen, viele davon mehrmals.

Hochrangige Kontakte zur UNO

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer pflegte mit dem neuen UN-Generalsekretär **Ban Ki-moon** am 22.2.2007 in Wien einen Gedankenaustausch. Dieser Besuch war einer der Höhepunkte im internationalen Besuchsprogramm des vergangenen Parlamentsjahres.



Präs. d. NR Mag.ª Barbara Prammer begrüßt
den Generalsekretär der Vereinten Nationen
S.E. BAN Ki-moon

Prammer traf **Ban Ki-moon** ein weiteres Mal Anfang März in New York, wo sie auch ein Gespräch mit der Stellvertretenden UNO-Generalsekretärin **Asha Rose-Migiro** führte und an einer Tagung von Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten teilnahm. Am 25.6.2007 trafen Prammer und **Migiro** in Wien neuerlich zu einem Gespräch über die globale Rolle der nationalen Parlamente, die UN-Entwicklungsziele und die Gender Architecture bei der UN-Reform zusammen. Dieses Thema hatte Barbara Prammer auch mit der Präsidentin der UN-Generalversammlung **Haya Rashed Al Khalifa** Anfang Juni 2007 diskutiert.

Globale Verantwortung

Der Kampf gegen den Analphabetismus, die Überwindung der „digitalen Kluft“ und die Erhaltung der kulturellen Vielfalt angesichts einer drohenden globalen Einheitskultur waren die Anliegen der Teilnehmer am Festakt zum 60. Jahrestag der Gründung der UNESCO im Parlament (16.11.2006).

Einen „Parlamentarischen Nord-Süd-Dialog“ eröffnete Präsidentin Prammer am 19.2.2007 gemeinsam mit der AWEPA (Association of European Parliamentarians for Africa) und dem Parlament von Mosambik. Präsidentin Prammer erinnerte die Parlamentarier an ihre Verantwortung für die Entwicklungspolitik und appellierte für mehr Engagement bei der Erreichung der UN-Millenniumsziele zur Überwindung der Armut.

Die Rolle der Frauen im Friedensprozess auf dem Balkan war bereits am 9./10.9.2006 Gegenstand eines internationalen Workshops, zu dem Präsidentin Prammer und der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen (UNIFEM) luden. Die Europarats-Kampagne 2007 „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen und Kindern“ hatte ihren Österreich-Auftakt am 4.12.2006 im Parlament.

Im Zusammenhang mit dem 7. Weltforum über Neues Regieren vom 26. bis 29.6.2007 in Wien veranstaltete die Interparlamentarische Union am 25.6.2007 im Parlament eine Tagung zum Thema „Transparenz und Verantwortlichkeit als Mittel zur Wiederherstellung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Institutionen“. Präsidentin Prammer plädierte in ihrem Referat für Good Governance weltweit und für die Durchsetzung des Gender Budgeting.

Parlamentskontakte auf höchster Ebene

Folgende Präsidentinnen und Präsidenten parlamentarischer Kammern besuchten im letzten Tagungsjahr das österreichische Parlament: **W. J. M. Lokubandara** (Sri Lanka, 12.10.2006), **Göran Lennmarker** (Parlamentarische Versammlung der OSZE, 15.11.2006), **Kassym-Jomart Tokayev** (Kasachstan, Senat, 22.2.2007), **Nino Burjanadze** (Georgien, 23.2.2007), **Anne-Marie Lizin** (Belgien, Senat, 23.02.2007), **Nicolae Vacaroiu** (Rumänien, Senat, 21.3.2007), **Harald Ringstorff** (Bundesrat Deutschland, 21.03.2007), **Ene Ergma** (Estland, 1.6.2007) und **Noel Kinsella** (Kanada, Senat, 3.7.2007).

(v.l.n.r.) Oliver Spencer, Genersekr. der parl.
Versammlung der OSCE, Präs. der parl.
Versammlung der OSCE Göran Lennmarker,
Präs. d. NR Mag.^a Barbara Prammer



Staatsoberhäupter, Regierungsvertreterinnen und –vertreter im Hohen Haus

Ein Höhepunkt war der Besuch des russischen Staatspräsidenten **Wladimir Putin**. Präsidentin Barbara Prammer besprach im Beisein von Zweitem Präsidenten Spindelegger sowie Klubobleuten und Abgeordneten aller Fraktionen am 23.5.2007 im Hohen Haus die Ausweitung der österreichisch-russischen Beziehungen auf der Ebene der Parlamente.



Dem kroatischen Staatspräsidenten **Stjepan Mesic** sagte Prammer bei dessen Besuch Anfang Mai 2007 Unterstützung auf dem Weg Kroatiens in die EU zu.

Präs. d. NR Mag.^a Barbara Prammer und der
Präsident der Russischen Föderation
S.E. Wladimir Putin

Von Seiten ausländischer Regierungen besuchten 2006/07 Premierminister **Robert Fico** (Slowakei, 8.5.2007), Außenminister **Razvan-Mihai Ungureanu** (Rumänien, 30.11.2006), Außenminister **Ziad Abu-Amr** (Palästina, 03.04.2007), Europaminister **Frans Timmermans** (Niederlande, 7.5.2007), Außenministerin **Zipi Livni** (Israel, 31.05.2007), Staatspräsident **Giorgio Napolitano** und Außenminister **Massimo D'Alema** (Italien, 26.6.2007), **Milan Rocen** (Montenegro, 3.7.2007) und **Vuk Jeremic** (Serbien, 4.7.2007) das Hohe Haus.

Internationale Delegationen von Parlamentarierinnen und Parlamentariern

Abgeordnete und Bundesräte pflegten regelmäßig den Gedankenaustausch mit Parlamentariern aus aller Welt. 2006/07 kamen Delegationen aus Australien (21.8.2006), Großbritannien (6.11.2006), Irland (5.12.2006), Usbekistan (11.12.2006), Indonesien (12.12.2006), Iran (14.12.2006, 16.3.2007), Deutschland (18.1.2007), Tschechien (14.3.2007, 11.4.2007, 30.5.2007, 28.6.2007), Ungarn (18.4.2007, 20.6.2007, 20.6.2007), Schweden (4.5.2007), Korea (18.5.2007), Frankreich (30.5.2007), Slowakei (4.6.2007), Palästina (12.6.2007), China (12.6.2007, 2.7.2007, 3.7.2007), Russland (20.6.2007).

7. Bauvorhaben

Die Beendigung der Renovierungsarbeiten an der 6. Quadriga steht kurz bevor. Nach Abschluss dieser Arbeiten soll im Herbst 2007 noch mit der Arbeit an der 7. Quadriga begonnen werden.

Durch die geplante Beendigung der Fassadenrenovierung wird es möglich sein, das Äußere des Parlamentsgebäudes den Besuchern der EURO 2008 vollständig renoviert zu präsentieren.

Für die Renovierung von Vorräumen der Ausschusslokale (II, III, IV, V und VIa) ist die Erarbeitung eines einheitlichen Gestaltungskonzeptes vorgesehen. Inwieweit dies in der tagungsfreien Zeit im Sommer 2007 noch bautechnisch möglich ist, kann zum derzeitigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden.

Erste bauliche Maßnahmen nach dem Bundesbehindertengleichstellungsgesetz (Umbau eines Aufzugs vom Parterre in den 1. Stock) werden es ermöglichen, dass Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer besonders die Sitzungssäle des Nationalrates, des Bundesrates und der Bundesversammlung (alter Reichsratsaal) barrierefrei erreichen können.

Geplant ist eine weitere Etappe des Ausbaus der Sicherheitsbeleuchtung.

Ab Herbst 2007 wird sich das Baukomitee mit der Frage des Umbaus des Nationalratsitzungssaales und der Renovierung beziehungsweise technischen Adaptierung des Saales der Bundesversammlung (alter Reichsratsaal) befassen.

8. Die Öffnung des Parlamentes geht weiter – Das Hohe Haus im Dialog mit der Öffentlichkeit

Die Öffnung des Hohen Hauses wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Dies lässt sich anhand von vier Parametern darstellen:

Anzahl der Veranstaltungen, Besuchszahlen der Veranstaltungen, Führungen, Shopumsatz

Veranstaltungen (Klubveranstaltungen sind dabei nicht berücksichtigt)

Zählweise nach Kalenderjahren

2002:	Veranstaltungen gesamt:	90
2003:	Veranstaltungen gesamt:	110
2004:	Veranstaltungen gesamt:	107
2005:	Veranstaltungen gesamt:	101
2006:	Veranstaltungen gesamt:	164
2007:	Veranstaltungen gesamt:	122 (stattgefunden und projektiert)

Zählweise nach Parlamentsjahren (Tagungen des Nationalrates)

Tagungszeitraum 2004/2005:	112 Veranstaltungen
Tagungszeitraum 2005/2006:	128 Veranstaltungen
Tagungszeitraum 2006/2007:	166 Veranstaltungen

Besucherinnen und Besucher im Rahmen von Veranstaltungen:

Tagungszeitraum 2004/2005:	12.097
Tagungszeitraum 2005/2006:	26.014 (davon 13.500 am Tag der offenen Tür am 26. Oktober 2005)
Tagungszeitraum 2006/2007:	34.682 (davon 20.420 am Tag der offenen Tür am 26. Oktober 2006)

Besucherinnen und Besucher im Rahmen von Führungen (inkl. Hausbegehungen an Plenartagen):

laufendes Jahr: 61.963 (Vergleichszeitraum 2006: 72.845)
davon SchülerInnen und Schüler 49% (Vergleichszeitraum 2006: 39%)

Tagungszeitraum 2004/2005:	59.658
Tagungszeitraum 2005/2006:	107.201
Tagungszeitraum 2006/2007:	108.923

Führungen im Palais Epstein:
laufendes Jahr: 2.054 (Vergleichszeitraum 2006: 5.011)

(Zur Erklärung: An Plenartagen finden keine Führungen statt. Jedoch steht es den Mandatarinnen und Mandataren frei, im Sinne ihrer Öffentlichkeitsarbeit Gruppen durch das Hohe Haus zu führen, dies sind „Hausbegehungen.“)

9. Zu den Veranstaltungen des Parlamentes während der Tagung 2006/2007

Wichtige Themenschwerpunkte parlamentarischer Veranstaltungen im Arbeitsjahr 2006/2007 bildeten: Frauen, Jugendliche, Grundrechte, Wirtschaftsethik, Entwicklungszusammenarbeit, Gender Budgeting und nicht zuletzt die österreichische Zeitgeschichte.

Ort des Erinnerns

Zum Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus fand am 4.5.2007 eine gemeinsame Veranstaltung des Nationalrates und des Bundesrates mit dem Schwerpunkt „Widerstand 1938 bis 1945 – Zivilcourage heute“ statt. Nationalratspräsidentin Prammer hob in ihren Eröffnungsworten die Bedeutung von Zivilcourage – damals wie heute – für die Förderung, die Sicherung und den Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates hervor. Der Historiker Oliver Rathkolb blickte zurück in die NS-Zeit und sah im Widerstand gegen dieses Terrorregime einen „verschütteten Erinnerungsort der Zweiten Republik“. In Kurzfilmen thematisierte der ORF „Frauen im Widerstand“ und „Zivilcourage heute“. Schließlich schlugen auch Vertreter des Widerstands – Alfred Ströer, Gerhard Kastelic und Oskar Wiesflecker – den Bogen von der historischen Erinnerung zum Appell an die heutige Jugend: „Übt Toleranz gegenüber anderen Meinungen, seid wachsam und habt Mut, für eine Sache einzustehen“. Ausdrücklich begrüßten die ehemaligen Widerstandskämpfer das auf Initiative der neuen Nationalratspräsidentin Barbara Prammer gestartete Projekt „Demokratiewerkstatt“ im Parlament.

Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Saal der Bundesversammlung



Jugend

Deutlich intensiviert wurde – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Senkung des Wahlalters – das Angebot an junge Menschen, sich mit Gesetzgebung und Kontrolle auseinanderzusetzen (vgl. dazu den Abschnitt „Demokratiewerkstatt“). Das Interesse der Jugend an Politik ist größer als zumeist angenommen. Das zeigen nicht nur die Erfahrungen im Parlament selbst, sondern auch eine Studie, die der Politologe Peter Filzmaier gemeinsam mit Unterrichtsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsminister Johannes Hahn am 8.5.2007 im Parlament präsentierte. Einige

Mädchen, die am 26.4.2007 auf Einladung von Präsidentin Prammer am „Töchtertag“ das Parlament besuchten und sich über „frauenuntypische“ Berufe informierten, nahmen den Wunsch mit nach Hause, Politikerin zu werden.

„Rein ins Parlament“ hieß es an den „Aktionstagen Politische Bildung“ am 9.5. und 12.6.2007 und beim Dritten Jugendparlament am 27. und 28.6.2007 für Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren. In simulierten Ausschuss- und Plenarsitzungen debattierten sie gemeinsam mit Abgeordneten praxisnah die gender-gerechte Finanzierung öffentlicher Einrichtungen sowie Maßnahmen für den Klimaschutz.

Symposien, Tagungen, Informationsveranstaltungen

Über Gender Budgeting als Instrument der Entwicklungspolitik diskutierten internationale Expertinnen und Experten auf Einladung von Präsidentin Prammer und dem Wiener Institut für Entwicklung und Zusammenarbeit (15.11.2006). Sie machte in ihrer Begrüßung darauf aufmerksam, dass Gender Budgeting in der EU ein wichtiges Thema darstellt und berichtete von Bemühungen in Österreich, den Genderaspekt in der Budget- und Finanzpolitik zu verankern. Gender Budgeting sei deshalb ein so wichtiges Instrument im Gender Mainstreaming-Prozess, weil in den Staatshaushalten ökonomische und soziale Prioritäten der Regierungspolitik zum Ausdruck kommen und realisiert werden.

Prominente Manager folgten am 28.3.2007 der Einladung des Zweiten Präsidenten Spindelegger zu einer Podiumsdiskussion über Wirtschaftsethik und wertorientierte Unternehmensführung. Teilnehmer waren Wolfgang Anzengruber (Palfinger AG), Norbert Griesmayr (VAV Versicherungs AG), Gerhard Grund (Raiffeisen-Centrobank AG) sowie Abt Gregor Henckel-Donnersmarck (Stift Heiligenkreuz).

Ein „Faires Frühstück“ und eine Verkaufsausstellung mit „Fair Trade“-Produkten veranstaltete Präsidentin Prammer im Rahmen des „Parlamentarischen Nord-Süd-Dialogs“ in der Säulenhalle (30.3.2007).

„Öffentliche Finanzkontrolle in Österreich“ lautete der Titel eines prominent besetzten Symposions am 18.6.2007. Präsidentin Prammer unterstrich die Bedeutung der Kontrolle für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in öffentliche Einrichtungen, Rechnungshofpräsident Josef Moser ortete Kontrolllücken und forderte deren Beseitigung.

Eine Diskussion zum Thema „Retrospektive und Perspektiven des Wahlrechts“ im Palais Epstein bildete den Auftakt für die neue Veranstaltungsreihe „Forum Parlament“, das demokratiepolitische Themen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Politikerinnen und Politiker behandeln soll (20.6.2007).

Festakte, Preisverleihungen, Jubiläen

Beim Festakt zum 50-jährigen Bestehen der Parlamentarischen Bundesheer-Beschwerdekommision am 22.11.2006 hielt Präsidentin Prammer die Festrede.

Zum 100. Geburtstag des ehemaligen Nationalratspräsidenten und Ministers Karl Waldbrunner (1906 bis 1980) sprachen Bundespräsident Heinz Fischer, NR-Präsidentin Prammer und Vizekanzler a.D. Hannes Androsch (22.11.2006).



Jugendparlament



Diskussionsveranstaltung
Zweiter Präs. d. NR Dr. Michael Spindelegger



(v.l.n.r.) Präs. d. NR Mag.^a Barbara Prammer,
Ute Bock

Den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage 2006 überreichte Präsidentin Prammer der Initiative „Ehe ohne Grenzen“ und plädierte dabei für eine Änderung des Fremdenrechts (13.12.2006).

Den „Johanna Dohnal-Förderpreis“ für Leistungen in der Frauen- und Genderforschung überreichte Barbara Prammer am 20.2.2007 an Eva Egermann, Eva Voß, Christine Klappeer, Veronika Wöhrer und Alexandra Weiss.

„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ – unter diesem Motto des Internationalen Frauentags am 8.3.2007 standen im Parlament Spezialführungen, die Ausstellung „Die Volksvertreterin“ und eine Diskussion über „Erinnern, Fordern, Feiern“ mit den Präsidentinnen Prammer und Glawischnig-Piesczek.

Die ehemalige Bundesrätin, Abgeordnete und Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Sport, Hilde Hawlicek, nahm von Präsidentin Prammer den „Partner aller Nationen“-Preis 2006 für besondere Verdienste um Völkerverständigung und -freundschaft entgegen (19.3.2007).

Signale für Europa registrierten Präsidentin Prammer und OMV-Generaldirektor Wolfgang Ruttensdorfer in der Arbeit der Journalistinnen und Journalisten Svetlana Lukic, Svetlana Vukovic (Belgrad) sowie Migjen Kelmendi (Pristina/Kosovo) und würdigten deren Einsatz für die Pressefreiheit in den Reformstaaten Ost- und Südosteuropas mit der Überreichung des „Press Freedom Award 2006“ (9.5.2007).

Vorschläge zur Weiterentwicklung der Sozialwirtschaft präsentierte das Netzwerk „SocialResponse.at“ am 15.5.2007 auf Einladung des Zweiten Präsidenten Spindelegger in Workshops und Diskussionen mit Mandatarinnen und Mandataren.

Einen Konvent über Erfahrungen mit dem Grundrechtsbeschwerdegesetz organisierte der Zweite Präsident Spindelegger gemeinsam mit dem Zentrum für Rechtsforschung. Es diskutierten die OGH-Senatspräsidenten Karl Mayrhofer und Robert Schindler, die Untersuchungsrichterin Christine Forstner, die Rechtsanwälte Manfred Ainedter und Michael Graff sowie Univ.-Prof. Hans Klecatsky (16.5.2007).

Die Lagergemeinschaft Ravensbrück, gegründet von den KZ-Überlebenden im Mai 1947, feierte das 60-jährige Bestehen ihres Zusammenschlusses im Parlament (1.6.2007).

Der Wissenschaftspreis der Margaretha Lupac-Stiftung 2007 zum Thema „Entwicklungen im politischen System Österreichs unter Berücksichtigung der europäischen Dimension“ ging an die Universitätsprofessoren Emmerich Talos und Herbert Obinger für deren Publikation „Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition“ sowie an Astrid Dietrich für ihre Dissertation zum Thema „Medien und EU.“ (20.6.2007).

Die Preisträgerinnen und Preisträger eines von der Dritten Präsidentin Glawischnig-Piesczek initiierten Aufsatzwettbewerbs über den Klimawandel richteten Klimaschutz-Appelle an die Vertreterinnen und Vertreter von USA, EU, UNO, Deutschland und China (26.6.2007).



Die Dritte Präs. d. NR Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-
Piesczek überreicht Preise

Kunst, Kultur, Geschichte

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der römischen Verträge eröffnete Präsidentin Prammer gemeinsam mit dem deutschen Botschafter Gerd Westdickenberg am 6.3.2007 im Palais Epstein die Ausstellung „Guten Tag! Hier spricht Europa“.



„Politik im Film“
Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier und
Präs. d. NR Mag.^a Barbara Prammer

Barbara Prammer präsentierte am 22.5.2007 das „Sounding Jerusalem Kammermusikfestival 2007“, eine Initiative des Cellisten Erich Oskar Huetter, gedacht als Beitrag zur Völkerverständigung und zum interkulturellen Dialog in Jerusalem.

Im Rahmen eines Kunst-Projektes mit Niederösterreich-Schwerpunkt lud der Zweite Präsident Spindelegger gemeinsam mit Arnulf Rainer zu einer Ausstellung von Arbeiten des Künstlers (29.5.2007).

Eine Ausstellung über Sibiu/Hermannstadt, die Europäische Kulturhauptstadt 2007, eröffnete Präsidentin Prammer gemeinsam mit dem rumänischen Außenminister Mihai-Razvan Unureanu am 30.11.2006 in der Säulenhalle.

Bei der Auftakt-Veranstaltung zur Europarats-Kampagne 2007 gegen häusliche Gewalt an Frauen zeigten Carla Knapp und Angela Zwettler „hellwach“ eine „kunstopolitische Intervention im öffentlichen Raum“ zur Wahrnehmung sozialer Grundprobleme (4.12.2006).

Zu einem italienischen Abend im Palais Epstein lud Präsidentin Prammer am 26.4.2007 aus Anlass des 85-jährigen Bestehens des italienischen Kulturinstituts „Società Dante Alighieri in Wien“.

Die Veranstaltungsreihe „Politik im Film“ wurde im Palais Epstein mit Vorführung und Diskussion folgender Werke fortgesetzt: „The Fog of War“ (12.6.2007), „Alptraum Tschetschenien“ (13.6.2007), „The War Photographer“ (19.6.2007), „Das Jenseits des Krieges“ (20.6.2007).

Die der Ringstraße zugewandte Fassade des Parlamentes wurde zum Ort der Kunst: Als Symbol für die Donautadt installierte die Linzer Künstlerin Waltraut Cooper blaue Lichtstreifen an der Außenfassade des Parlamentsgebäudes: Ein Wasserfall aus

Licht ergoss sich über die Fassade. Er symbolisiert die Donau, einen der wichtigsten europäischen Flüsse, der Linz und Wien verbindet und den Weg zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 Pecs weist.

Lichtinstallation von Waltraut Cooper



Am 14.6.2007 präsentierte die Stadt Linz ihr Programm für die „Europäische Kulturhauptstadt Linz 2009“ im Parlament. Die ungarische Parlamentspräsidentin Katalin Szili stellte ihre Heimatstadt Pecs vor, die Linz als Europäische Kulturhauptstadt 2010 nachfolgen wird.

Präsentation der Kulturhauptstadt
Präs. d. NR Mag.^a Barbara Prammer



Bücher, Autorinnen und Autoren

Folgende Bücher wurden im abgelaufenen Parlamentsjahr im Hohen Haus der Öffentlichkeit präsentiert: Petra Ungers „Wiener Frauenspaziergänge - Wo sich Frauen in Wien am besten finden“ (13.9.2006); Ein Sammelband mit Arbeiten des verstorbenen „Vaters des Montrealer Ozonschutz-Protokolls“, Winfried Lang: „Völkerrecht in Zeitverantwortung“ (13.11.2006); Elisabeth Welzigs „Leben und Überleben“ mit Lebensbildern von 26 Frauen (27.11.2006); Jonny Mosers „Wallenbergs Laufbursche“ (12.12.2006); Walter Sauer (Hrsg.): „Von Soliman bis Omofuma. Afrikanische Diaspora in Österreich. 17. bis 20. Jahrhundert“ (15.1.2007); Verena Pawlowsky und Harald Wendelin (Hrsg.): „Raub und Rückgabe - Österreich von 1938 bis heute“ (21.3.2007) sowie ein Sammelband in memoriam Felix Kreissler: „Österreichische Nation - Kultur - Exil und Widerstand“, herausgegeben von Helmut Kramer, Karin Liebhart und Friedrich Stadler (29.6.2007).



Präsentation des Buches „Leben und Überleben“

10. Demokratiewerkstatt

Die Erfahrungen der letzten Jahre, zum Beispiel auf EU-Ebene, haben gezeigt, dass kurzfristige PR- und Werbemaßnahmen zur Hebung der Attraktivität der Mitwirkung an demokratischen Vorgängen und zur Behebung von „Politikverdrossenheit“ eher wenig erreichen können. Wir brauchen grundsätzliche, längerfristige Strategien, deren Ergebnisse allerdings erst nach mehreren Jahren sichtbar werden.

Die Vermittlung von Kenntnissen über das Parlament, die Mechanismen demokratischer Partizipation sowie die Gesetzgebung von Nationalrat und Bundesrat an Kinder und Jugendliche wird derzeit von Diensten und Abteilungen der Parlamentsdirektion mit unterschiedlicher Intensität wahrgenommen.

Ein Projektteam entwickelt seit Februar 2007 unter dem Titel „Demokratiewerkstatt“ erstmalig im österreichischen Parlament neue, dialogorientierte Ansätze zum Thema Partizipation und Demokratie. Kern des Projektes ist der Dialog mit dem Parlament. Begleitend werden die vielfältigen, schon bestehenden Angebote neu strukturiert, inhaltlich überarbeitet, organisatorisch neu ausgerichtet sowie um Aktionen für Kinder und Jugendliche (zunächst beginnend mit der Altersgruppe der 8-14jährigen) erweitert.

Die Ziele des Projektes „Demokratiewerkstatt“:

- Ausarbeitung eines Konzeptes mit verschiedenen Formaten für Aktionen im Palais Epstein (Demokratiewerkstatt im engeren Sinn)
- Erarbeitung eines Internetangebotes für Kinder und Jugendliche
- Entwicklung eines bzw. Weiterentwicklung des im Besucherzentrum vorhandenen multimedialen Angebotes für Kinder und Jugendliche
- Erarbeitung eines neuen Führungskonzeptes für Kinder und Jugendliche
- Ausarbeitung eines Konzeptes für Aktionstage im Parlament
- Systematische Einbeziehung verschiedenster Kooperationspartner (BMUKK, BMWF, Jugendorganisationen ...)
- Fokus soll auf gender-gerechte bzw. punktuell auch auf mögliche genderspezifische Vermittlung gerichtet sein
- Entwicklung eines einheitlichen Konzepts für eine oder mehrere Leitfiguren



Führung und Workshop „Expedition Parlament“

Fachberaterinnen und -berater willkommen

Mit der „Demokratiewerkstatt“ soll ein umfassendes Demokratie-Verständnis vermittelt sowie ein lebendiges Demokratie-Erleben ermöglicht werden. Im Vordergrund steht der Dialog mit dem Parlament. Ein wichtiges Anliegen ist schon während der Projektarbeit der Dialog mit den Expertinnen und Experten außerhalb des Hauses, weshalb Vertreterinnen und Vertreter aus dem schulischen, dem außerschulischen Bereich, der Kinder- und Jugendanwaltschaft, der Forschungseinrichtungen und auch Medienvertreterinnen und -vertreter, die sich mit Angeboten für Kinder und Jugendliche beschäftigen, eingeladen wurden, an regelmäßig stattfindenden Treffen, die dem Informationsaustausch mit dem Projektteam dienen, teilzunehmen.

Die Eröffnung der Demokratiewerkstatt im Palais Epstein wird am 25. Oktober 2007 stattfinden. Informationen zur „Demokratiewerkstatt“ sind auf der Homepage des Parlamentes unter dem Teaser „Demokratiewerkstatt“ zu finden:



Anregungen zum Projekt werden auch gerne unter der E-Mail-Adresse: demokratiewerkstatt@parlament.gv.at entgegen genommen.

11. Informationsangebot des österreichischen Parlaments

www.parlament.gv.at: Umfassendes Angebot im Internet

Das Internetangebot des österreichischen Parlamentes stellt nicht nur den Gesetzgebungsprozess und die parlamentarische Kontrolle umfassend dar, sondern bietet auch umfangreiche Informationen zu den Themenbereichen „Parlament und Europäische Union“, „Parlament und Bürgerbeteiligung“ sowie – hervorgehoben durch so genannte Teaser („Blickfänger“) auf der Einstiegsseite – gebündelte Informationen zu aktuellen Schwerpunktthemen, wie zum Beispiel Untersuchungsausschüsse, Jugendparlament und dergleichen.

Weiters ist auf der Website sozusagen ein „elektronisches Archiv“ der Parlamentsarbeit seit 1996 im Volltext abrufbar. Durch den Zugang zum gesamten Begutachtungsverfahren zu Regierungsvorlagen wird auch der vorparlamentarische Diskussionsprozess abgebildet.

In den Monaten November 2006 bis Ende Juni 2007 gab es rund 810.000 „Unique Visitors“ des Parlamentes im Internet. 53 Millionen Hits wurden gezählt und 11 Millionen Pages aufgerufen. Dies zeigt deutlich, dass sich Benutzerinnen und Benutzer intensiv mit der Website und der Arbeit des Parlamentes befassen.

Strukturelle Verbesserungen für leichteren Internetzugang

Da Rückmeldungen immer wieder zeigen, dass es sich bei den Internetusern der Parlamentswebsite hauptsächlich um stark spezialisierte Benutzerinnen und Benutzer handelt, ist geplant, in weiterer Folge durch strukturelle Verbesserungen auf der Website diese auch verstärkt für jene Internetbenutzerinnen und -benutzer zugänglich zu machen, die ohne „parlamentarisches Vorwissen“ zum Internetangebot des Parlamentes gelangen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die barrierefreie Gestaltung der Website des Parlamentes. Dieses Ziel wurde bereits zu einem sehr großen Teil erreicht und es wird laufend intensiv an Verbesserungsmöglichkeiten gearbeitet.

Bürgerservice

Das Bürgerservice ist die zentrale Auskunft- und Servicestelle der Parlamentsdirektion und beantwortet Anfragen zum parlamentarischen Geschehen, zum Beispiel Anfragen zu aktuellen Gesetzgebungsvorhaben und Gesetzesbeschlüssen, zu parlamentarischen Materialien, zur Funktionsweise der gesetzgebenden Organe des Bundes, zu Biographien sowie zur parlamentarischen Tätigkeit der Mandatarinnen und Mandatare u.a.m. Das Bürgerservice versteht sich auch als Wissensplattform, die aktiv Informationsleistungen anbietet (z.B. Erstellung von FAQs der Parlamentswebsite, Zusammenstellung von Informationen zu aktuellen Themen).

Das Bürgerserviceteam steht Montag bis Freitag in der Zeit von 9:00 - 15:00 Uhr für telefonische Anfragen zur Verfügung. An Tagen, an denen Plenarsitzungen des Nationalrates vom ORF auch nach 15 Uhr live übertragen werden, ist das Bürgerservice bis zum Ende der Live-Übertragung telefonisch erreichbar. Es ist auch möglich, Anfragen brieflich oder via E-mail an das Bürgerservice zu richten.

Kontakt:

Tel.: 0810/312 560 (Ortstarif aus ganz Österreich)

Postadresse: Bürgerservice der Parlamentsdirektion, Dr. Karl Renner-Ring 1-3, 1017 Wien

E-Mail: services@parlament.gv.at

Parlamentsführungen

Öffentliche Führungen: Alle öffentlichen Führungen werden in Deutsch und Englisch angeboten. Bei öffentlichen Führungen ist für Einzelpersonen keine Anmeldung erforderlich.

Mitte September bis Mitte Juli:

Montag, Dienstag (werktags)

10:00, 11:00, 14:00, 15:00 und 16:00 Uhr

Mittwoch, Donnerstag (werktags)

10:00, 11:00, 14:00, 15:00, 16:00, und 17:00 Uhr

Freitag (werktags)

10:00, 11:00, 13:00, 14:00, 15:00 und 16:00 Uhr

Samstag (außer an Feiertagen)

10:00, 11:00, 12:00 und 13:00 Uhr

Ticketverkauf: Montag bis Freitag: 09:30 – 18:30 Uhr; Samstag: 09:30 – 13:30 Uhr

Mitte Juli bis Mitte September:

Montag bis Freitag (werktags)

10:00, 11:00, 12:00, 13:00, 14:00, 15:00 und 16:00 Uhr

Samstag (außer an Feiertagen)

10:00, 11:00, 12:00 und 13:00 Uhr

Ticketverkauf: Montag bis Freitag: 09:30 – 16:30 Uhr; Samstag: 09:30 – 13:30 Uhr

Gruppen-Führungen (ab 15 Personen): Ab einer Gruppengröße von 15 Personen ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich. Auf Anfrage sind Gruppen-Führungen auch in Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Ungarisch möglich. Termine werden nach Verfügbarkeit vergeben.

Mitte September bis Mitte Juli

Montag, Dienstag, Freitag (werktags)

10:20, 11:40, 14:20, 15:40 und 17:00 Uhr

Mittwoch, Donnerstag (werktags)

10:20, 11:20, 14:20, 15:40 und 17:20 Uhr

Samstag (außer an Feiertagen)

10:20 und 11:40 Uhr

Mitte Juli bis Mitte September

Montag bis Freitag (werktags)

10:20, 11:40, 13:20 und 14:40 Uhr

Samstag (außer an Feiertagen)

10:20 und 11:40 Uhr

An Sonn- und Feiertagen, an den Sitzungstagen des Nationalrates und des Bundesrates sowie an Tagen mit Großveranstaltungen im Parlament werden keine Parlamentsführungen angeboten.

Zutritt

Benützen Sie bitte unseren neuen Zentraleingang Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien (= Eingang zum Besucherzentrum), direkt hinter dem Pallas-Athene-Brunnen!

Anmeldung

Parlamentsdirektion/Führungskoordination

Dr. Karl Renner-Ring 3

A-1017 Wien

Telefonanmeldung: +43/1/40110-2400

Fax: +43/1/40110-2664

E-Mail: besucherservice@parlament.gv.at

Parlamentsshop

Das Parlament verfügt über einen eigenen Parlamentsshop. Er befindet sich im neuen Besucherzentrum, direkt im Eingangsbereich. Zu kaufen gibt es nicht nur eine kleine Auswahl an Büchern und Publikationen zu den Themen Parlament und Politik, sondern auch verschiedene Souvenirs mit parlamentspezifischen Motiven.

Pressedienst

Der parlamentarische Pressedienst, die Parlamentskorrespondenz, berichtet objektiv, umfassend und parteiunabhängig über das Geschehen im Parlament. Mit dem E-Mail-Abonnement der Meldungen der Parlamentskorrespondenz werden Sie automatisch per E-Mail über jede neue Aussendung informiert. Sie können sämtliche Aussendungen der Parlamentskorrespondenz abonnieren oder eine Auswahl nach Themenfeldern treffen. Dieses Informationsservice ist kostenlos.

Kontakt:

www.parlament.gv.at; Menüpunkt: Aktuelles, dann: Pressedienst

E-Mail: pk@parlament.gv.at

Bibliothek

Der Parlamentsbibliothek ist im Parlamentsjahr 2006/2007 ein weiterer wichtiger Schritt zur Digitalisierung der Parlamentarischen Materialien gelungen.

Am 13. Dezember 2006 wurde der Kooperationsvertrag über die Digitalisierung der Stenographischen Protokolle samt Beilagen von 1918 – 1934 mit der Österreichischen Nationalbibliothek unterzeichnet. Damit wird der Ausbau des virtuellen Lesesaales nach der bereits erfolgten Digitalisierung der Parlamentarischen Materialien von 1861–1918 fortgesetzt.

Im Rahmen des Projektes „Jüdische Abgeordnete im österreichischen Parlament von 1867 bis 1938“ der Universität Wien begann eine Projektmitarbeiterin in der Parlamentsbibliothek mit der Untersuchung der Biographien der Abgeordneten. Der Abschluss des Projektes ist für 2009 geplant.

Das 1977 in Wien von der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der europäischen parlamentarischen Versammlungen gegründete Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation, kurz EZPWD, bündelt die Anfragen zwischen den nationalen Parlamenten. Das „Zentrum“ ist eine wichtige Drehscheibe der internationalen Kooperation der Parlamente. Im ersten Halbjahr 2007 erfolgte bereits die Beantwortung von über 100 meist komplexen und anspruchsvollen Anfragen unter der Federführung des Rechts-, Legislativ- und Wissenschaftlichen Dienstes.

Die Parlamentsbibliothek bietet den Zugriff auf mehr als 300.000 Bücher, rund 320 aktuelle Fachzeitschriften und Zeitungen sowie auf zahlreiche Datenbanken. Seit Gründung der Bibliothek im Jahr 1869 werden in- und ausländische Parlamentschriften, Gesetz- und Verordnungsblätter, höchstgerichtliche Entscheidungen, grundlegende Werke des Rechts, der Staatslehre und des Parlamentarismus, der Politik, der Volkswirtschaft, der Soziologie und der Europäischen Integration gesammelt.

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag 8:00-16:00 Uhr, an Plenar- und Ausschusssitzungstagen des National- und Bundesrates bis zum Ende der jeweiligen Sitzung.

Für externe Leserinnen und Leser nach Anmeldung: Montag bis Freitag 8:30-15:30,



„Parlamentsuhr“

Die Uhr im Sitzungssaal des ehemaligen Abgeordnetenhauses bildet die Vorlage für dieses Ziffernblatt

(Parlamentsshop)

ausgenommen an Plenarsitzungstagen des National- und Bundesrates.
Die Bibliothekskataloge im Internet: www.parlament.gv.at/bibliothek

Anschrift und Kontakt

Dr. Karl Renner-Ring 3
A-1017 Wien-Parlament
Tel.: +43/1/40110-2285
Fax: +43/1/40110-2825
bibliothek@parlament.gv.at

Parlamentsarchiv/Parlamentarische Dokumentation

Im Archiv des Parlamentes werden die Archivalien der gesetzgebenden Körperschaften Österreichs seit 1861 verwahrt, weiters stehen ein Planarchiv mit den erhalten gebliebenen Originalplänen für das Parlamentsgebäude und ein Bildarchiv zur Verfügung. Externe Benutzerinnen und Benutzer können Archivalien auf derzeit einem Archivbenutzerarbeitsplatz, der sich im 2. Stock des Parlamentsgebäudes (oberhalb der Kanzleistiege) befindet, einsehen. Voraussetzung ist die Vereinbarung eines Benützungstermines. Zugang über den Zentraleingang (Eingang Besucherzentrum).

Auskünfte:

Tel.: +43 1 401 10-2788
Fax: +43 1 401 10-2537



Titelbild Legende:

Für Theophil Hansen waren die Quadrigen auf dem Dach des Parlamentsgebäudes ein Symbol für den Triumph des Parlamentarismus.

Bildnachweis:

Titelbild – Eine Quadriga auf dem Dach des Parlamentsgebäudes; Foto: Parlamentsdirektion/Michael Buchner

Portrait der Präsidentin des Nationalrates Mag.^a Barbara Prammer (Seite 3); Foto: Petra Spiola

Konstituierende Sitzung des Nationalrates 30. Oktober 2006 (Seite 6, Seite 7); Foto: Mike Ranz

9. Sitzung des Nationalrates in der XXIII GP - Regierungserklärung 16. Jänner 2007 (Seite 9); Mike Ranz

7. Treffen der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten der Parlamente der Länder der Regionalen Partnerschaft 23./24.

November 2006 (Seite 17); Foto: HBF/Minich

Besuch von EU-Kommissar Dr. Franco Frattini 1. März 2007 (Seite 18); Foto: HBF/Srodic

Besuch des Generalsekretärs der Vereinten Nationen S.E. Ban Ki-moon im Parlament 22. Februar 2007 (Seite 19); Foto: HBF/Srodic

Besuch des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Göran Lennmarker 15. November 2006 (Seite 20); Foto: HBF/Wenzel

Besuch des Präsidenten der Russischen Föderation S.E. Wladimir Putin im Parlament 23. Mai 2007 (Seite 21); Foto: Mike Ranz

Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Saal der Bundesversammlung 4.5.2007 (Seite 24); Foto: Mike Ranz

Jugendparlament 27. Juni 2007 (Seite 25); Foto: Bettina Mayr-Siegl

Diskussionsveranstaltung „Beherrscht die Wirtschaft den Menschen – oder umgekehrt?“ 28. März 2007 (Seite 25); Foto: Haslinger

Verleihung des Ute-Bock-Preises für Zivilcourage von SOS Mitmensch für das Jahr 2006/13. Dezember 2006 (Seite 26); Foto: Bettina Mayr-Siegl

Preisverleihung des Schülerinnen- und Schüler-Schreibwettbewerbs (clim-8) und Überreichung eines Klimaschutzplakates an Bundeskanzler

Alfred Gusenbauer 26. Juni 2007 (Seite 26); Foto: Bettina Mayr-Siegl

Politik im Film 8. November 2006 (Seite 27); Foto: Carina Ott

Lichtinstallation von Waltraut Cooper, Präsentation der Kulturhauptstadt Linz 2009 14. Juni 2007 (Seite 28); Foto: Robert Zolles

Buchpräsentation „Leben und Überleben“ von Dr.ⁱⁿ Elisabeth Welzig 27. November 2006 (Seite 29); Foto: Bettina Mayr-Siegl

Führung und Workshop „Expedition Parlament“ im Rahmen des Projektes „Demokratiewerkstatt“ 22. Juni 2007 (Seite 29); Foto: Bettina Mayr-Siegl

Teaser-Grafik (Seite 30); Atelier Olschinsky

Parlamentsuhr (Seite 33); Foto: Carina Ott

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber: Parlamentsdirektion

Beiträge, Statistiken, sonstige Mitarbeit: Johann Achter; Michael Buchner; Dr. Wolfgang Engeljehring; Dr.ⁱⁿ Gudrun Faudon; Mag. Leopold Fruhmam; Dr.ⁱⁿ Martha Giefing; Mag. Thomas Holzinger; Ing. Gerhard Horecky; Dr.ⁱⁿ Susanne Janistyn; Mag.^a Maria-Luise Janota; MMag.^a Ines Kerle; Herbert Knöbl; Dr. Christoph Konrath; Mag.^a Hannah Lessing; Dr. Gottfried Marckhgott; Dr.ⁱⁿ Sieglinde Osiebe; Dr. Erich Saurugger; Christian Schwestka; Mag.^a Gerda Steinberger; Ulrike Weichinger; Mag. Alexis Wintoniak; Dr. Joseph Wirnsperger; Dr. Jörg Wirrer

Redaktion: Dr. Karl Megner, MAS

Graphische Gestaltung: Dieter Weissner

Druck: Parlamentsdruckerei

Wien, im Juli 2007

BILANZ 2006 / 2007

Tagung des Nationalrates 30. Oktober 2006 - 10. Juli 2007
XXIII. Gesetzgebungsperiode